

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292 - 297

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Einberufung des Nationalrats.

Zusammentritt voraussichtlich nächsten Montag. - Oesterreichische Parteikonferenz am Sonnabend.

r. bn. Wien, 19. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Der Parteivorstand hat soeben beschlossen, auf Grund der Geschäftsordnung die schleunige Einberufung des Nationalrats zu verlangen. Diese Sitzung wird auf Montag einberufen werden.

An den wichtigsten Kreuzungspunkten in Wien sieht man immer noch Polizisten mit Militärgewehr und den Karabiner umgehängt, trotzdem seit Samstag in Wien keinerlei Zusammenstöße mehr vorgekommen sind.

Gemeindefahwache ist gestern um einige Hundert Parteigenossen verstärkt

worden, die heute vormittag im Rathaus auf die Stadt Wien, auf die Republik und ihre Gesetze vereidigt worden sind. Eine große Anzahl der Leichen, aber auch überlebender Verwundeten, haben besonders schwere und gefährliche Schußwunden, die noch ärztlichem Befund den Eindruck machen, als ob es eine Art Dumm-Geschosse wären, die diese Wunden verursacht haben.

Die Gesamtzahl der Toten ist auf 90 gestiegen.

Die Wiederaufnahme des Post-, Eisenbahn-, Telephon- und Telegraphenverkehrs ist überall gemäß der Anordnung der Streikleitung erfolgt. Irgendwelche Zwischenfälle wurden nicht gemeldet. Die „Arbeiter-Zeitung“ würdigt die Beendigung des Verkehrsstreiks in ihrem Leitartikel.

Nein, wir haben nicht kapituliert,

aber wir haben ohne jede Vereinbarung mit der Regierung aus eigenem Willen und Entschluß den Streik beendet, weil uns das leidet, was den Leichenfledderern, die aus dem Blutbad vom Freitag ihre politischen Geschäfte machen möchten, so vollständig fehlt, nämlich das Gefühl der Verantwortung für das Schicksal der Arbeiterklasse, für das Schicksal der Republik, für das Schicksal des Landes.

Freitag, als Schwarmmänner der Polizei durch die Straßen gingen, auf stehende wehrlose Menschen schossen, da mußten wir auf diese beispiellosen Verbrechen antworten. Wir hätten der Regierung in ihrer Sprache antworten können, wenn wir gewollt: In der Sprache der plebejischen Geschöpfe, in der Sprache des Mordes. Wir haben es nicht gewollt. Das wäre der Bürgerkrieg, das wäre das Ende der Republik in blutiger Katastrophe geworden. Uns sind Menschenleben nicht so wohlfeil wie den Herren, die Oesterreich regieren. Wir sind nicht wie sie bereit, um solcher „Autoritäten“ willen Volk und Land in einschneidender Katastrophe zugrunde gehen zu lassen.

Am Schluß wird ausgeführt, daß der Abzug des Verkehrsstreiks eine latrepublikanischen Verantwortungsgefühl sei. An der Fähigkeit des von Verantwortungsgefühl und Disziplin erfüllten Arbeiterbeeres werden alle Pläne der Reaktion zerschellen. Am Sonnabend findet eine Parteikonferenz für ganz Oesterreich statt, in der die politischen Ereignisse besprochen werden.

Italien hat wegen der Gemeindefahwache nicht interveniert.

Rom, 19. Juli. (W.T.B.) Die Agenzia Stefani teilt mit, entbehren die Meldungen von einem angeblichen Schritt des italienischen Gesandten in Wien im Zusammenhang mit der Bildung der Gemeindefahwache jeder Begründung.

Sympathieerklärung der französischen Partei.

Paris, 19. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Generalsekretär der sozialistischen Partei und Abg. Blum für die sozialistische Kammerfraktion haben an den Bürgermeister von Wien, Genossen Seitz, folgendes Telegramm gerichtet: „Die französische sozialistische Partei drückt den Arbeitern, die Opfer der Bewegung wurden, ihr Beileid aus und versichert die österreichische Sozialdemokratie ihrer brüderlichen Sympathie in diesen ersten Tagen.“

Das Moskauer Rezept.

Moskau, 18. Juli. (Telegr. Agentur d. Sowjetunion.) Die Komintern veröffentlicht einen Aufruf, in dem sie das „österreichische Proletariat“ auffordert, den Generalstreik bis zum Sturz der Regierung Seipel fortzusetzen. Der Aufruf fordert ferner Entwaffnung der „faschistischen Organisationen und der Polizei,

Bewaffnung der Arbeiter, Schaffung von Arbeiterräten im ganzen Lande und die Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung.“

Piek verhaftet. - Unerlaubte Grenzüberschreitung.

Wien, 19. Juli. (W.T.B.) Die Reichspost meldet: Im Laufe des gestrigen Tages wurden von der Wiener Polizei zahlreiche Verhaftungen von Leuten vorgenommen, bei denen festgestellt wurde, daß sie mit den Ausschreitungen am Freitag und Sonnabend in mittelbarem oder unmittelbarem Zusammenhang stehen.

Unter den Verhafteten soll sich auch der preußische kommunistische Landtagsabgeordnete Piek befinden, weiter angeblich ein Vertreter der Berliner Sowjethandelsagentur namens Lengyel, der zur Zeit der ungarischen Räuberregierung eine Rolle spielte.

Wie das „Neue Wiener Tagblatt“ zur gestrigen Verhaftung des deutschen kommunistischen Landtagsabgeordneten Piek erzählt, ist noch nicht festgestellt, ob die Verhaftung Pieks in Wien mit den blutigen Vorgängen am Freitag in irgendeinem Zusammenhang steht. Von den Ergebnissen der eingeleiteten Erhebungen werde es abhängen, ob gegen Piek eine Untersuchung eingeleitet wird, oder ob man sich damit begnügen wird, ihn an die Grenze abzuführen.

Solidarität der Arbeiterverbände.

Die Berliner an die Wiener Gewerkschaften.

Die Berliner Spitzenorganisationen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes haben den Wiener Gewerkschaften folgendes Telegramm zugehen lassen:

„Die Berliner freien Arbeiter- und Angestellten-Gewerkschaften grüßen die Wiener Gewerkschaftsmitglieder, mit denen sie sich in ernster Stunde aufs innigste verbunden fühlen. Der geführte Kampf zeigt aufs neue die Einheit und Geschlossenheit des klassenbewußten Wiener Proletariats, das sich gegen den Vernichtungswillen der Reaktion siegreich behaupten wird.“

Der Kampfesopfer, deren Blut nicht nutzlos und ungerächt geflossen sein darf, und der Angehörigen dieser Opfer gedenken die Berliner Gewerkschaften in kameradschaftlicher Anteilnahme.“

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsauschuß Berlin, Siegt.

Allgemeiner Freier Angestelltenbund, Bezirksrat Groß-Berlin, Flatau.

Die Berliner Gewerkschaften haben mit dem von den Kommunisten für Mittwoch propagierter Streik nichts zu tun.

Urteil im Plauener Prozeß.

Es bleibt bei 10 000 M. Geldstrafe.

Plauen, 19. Juli. (T.U.) Im Plauener Stresemann-Müller-Prozeß wurde heute vom Berufungsgericht unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schulde das Urteil gesprochen. Unter Berufung sowohl der Berufung des Angeklagten wie der Staatsanwaltschaft wurde das erstinstanzliche Urteil bestätigt, das bekanntlich eine Geldstrafe von 10 000 M. gegen den Rechtsanwalt Dr. Müller ausspricht. Nebenkläger und Angeklagter haben die Kosten ihrer Berufung zu tragen, während die Kosten der Berufung der Staatsanwaltschaft auf die Staatskasse übergehen. Der Angeklagte hat außerdem die notwendigen Auslagen des Nebenklägers zu übernehmen.

Ein Uebergriff im Mandatsgebiet.

Scharfe Kritik an dem Vorgehen in Samoa.

London, 19. Juli. (W.T.B.) Auf Samoa sind mehrere Häuptlinge verhaftet worden. „Morning-Post“ berichtet darüber aus Auckland (Neuseeland): Der von einer Reise nach Samoa zurückgekehrte vormalige Premierminister von Neuseeland, Sir Charles Carruthers, erklärte: Die Handlungsweise des Verwalters von Samoa, des Generals Richardson, der zwei eingeborene Häuptlinge verhaften ließ, hat nahezu eine bewaffnete Revolte herbeigeführt. Zum Glück waren die Häuptlinge inhaftiert, das Volk zu beschwichtigen und die Ordnung aufrechtzuerhalten. Carruthers verurteilte energisch das Vorgehen der Verwaltung, die Leute ins Gefängnis zu stecken, ohne ihnen die Möglichkeit einer Gerichtsverhandlung zu geben. Er sagte, eine Anzahl Häuptlinge seien deportiert und abgesetzt worden, ohne daß sie die Möglichkeit zu einer Verteidigung gehabt hätten. Die maßgebenden Stellen sollten diese Fehler schleunigst wiedergutmachen. Nach der Ansicht Carruthers könnte leicht eine Lage entstehen, die den Kredit des britischen Reiches in den Augen des Völkerbundes in Mitleidenschaft zieht.

Beamte und Sozialismus.

Lehren der Bürgerblockregierung.

Von Albert Falkenberg.

Das Stimmungsbarmeter eines nicht unbeträchtlichen Teils der Beamtenschaft steht zurzeit auf Sturm. Den zuständigen Stellen der amtierenden Reichsregierung fehlen anscheinend die Organe, diesen Zustand zu erkennen. Sie versuchen, ihre Bißchen mit einem Prestige zu decken, das die ganze Hilflosigkeit dieses Regierungskurses enthüllt. Der Reichsfinanzminister selber gibt zu, daß die Besoldungsreform schon 1925 hätte gemacht werden müssen — und können. Statistik und Tatsachen reden davon, daß seit jener Zeit des Herrn von Schlieben unheiligen Angebens es der Wirtschaft nicht schlechter ergangen ist. Trotzdem will der Reichsfinanzminister immer noch die Besoldungsreform erst dann verwirklichen, „wenn die Wirtschaftslage es gestattet“. Und welche Hoffnungen hatten die Beamten gerade auf diesen Reichsfinanzminister gesetzt, der, als er noch in Baden das Finanzressort zu leiten berufen war, durch die Tat bewiesen hatte, daß man die Besoldungsfrage der Beamten auch anders als nur unter dem fiskalischen Gesichtspunkt behandeln könnte. Wo sich ihm nur Gelegenheit bietet, verliert er zu betonen, daß er auch jetzt kein Feind der Beamten sei. Persönlich ist er das gewiß nicht, aber mit seiner Finanzpolitik hat er den Boden erschüttert, den das Berufsbeamtentum auch nach der Umwälzung von 1918 niemals verlassen hatte.

Wenn jetzt die Beamten auf die Straße gehen — und das ist nicht nur in Berlin, sondern auch in Leipzig, Dresden usw. geschehen —, schwingt ein Unterton in ihren unter freiem Himmel herausgeschleuderten Protesten mit, der auch dem politisch Schwerhörigen zu denken geben sollte. Wie ein roter Faden zieht sich durch die Ausführungen aller Demonstrationsredner die Erkenntnis von den unheilvollen Wirkungen der trotz allen Wandlungen noch ganz im Sinne der Tradition getriebenen Finanz- und Wirtschaftspolitik auf die Lösung der Beamtenfragen. Was hier von der Regierung gesündigt wird, erschöpft sich nicht in der hartnäckigen Verweigerung längst fälliger Gehaltserhöhung — hier schrumpft der Glaube an die gerechte Führung des Staates.

Und das Besoldungsrecht von 1924, das die unteren Gruppen mit 17 Proz. gegen die 71prozentige Besoldungserhöhung der höheren Gruppen unterliegen ließ, wirkt schwächend auf die Fähigkeit des Ertragens. Jener Besoldungsstand wird wieder lebendig vor aller Augen und weist neue Befürchtungen: soll das, was damals als die Massen schädigende Maßnahme, als staatspolitische Unflugheit gebrandmarkt wurde, jetzt fortgeführt werden und der verheißenen Besoldungsreform als Leimortio dienen?

Diese Besoldungspolitik, für die der Reichsfinanzminister der Bürgerblockregierung die Verantwortung zu tragen hat, ist ein unübertreffliches Mittel, die Beamten politisch denken zu lehren. Endlich finden sie heraus, daß sich eigentlich an den Grundfähigkeiten der Besoldungspolitik trotz der Besoldungsordnung von 1920 seit der letzten großen Besoldungsreform der Vorkriegszeit von 1908/09 auch nicht ein Jota geändert hat. Damals war es der preußische Finanzminister, Herr von Rheinbaben, der den Beamtenmassen klarzumachen versuchte, daß ihr Massencharakter die Regierung zwingt, an einem System festzuhalten, das in seinen Auswirkungen nun einmal für die Kategorien mit der großen Zahl stets ein Fiasko sein müsse. Bistal Damals wurden die Steuerzahler gegen die Beamten mobilisiert, heute liegt alle Initiative bei der Wirtschaft. Aber das System ist geblieben. Dieses System, das, ungewollt und gewollt, zwar auch die Beamtenmassen mit der Gloriole des Staatsbediensteten beschenkt und sie in ihrem Strahlenkranz dem nichtbeamteten Staatsbürger immer noch als eine Schicht der Bevorzugten erscheinen läßt, sie aber wirtschaftlich und rechtlich immer fester bindet, so daß sie wohl das Flügeltrauschen einer neuen Zeit vernehmen, ihr selber aber nur wie Vögel mit gebrochenen Schwingen zu folgen vermögen.

Niemand wird behaupten wollen, daß schon heute jeder einzelne Beamte keine gewerkschaftliche und politische Betätigung an diesen Gedankengängen orientiert hätte, aber der Zug in den Kolonnen geht trotz aller Begleiterscheinungen, die das Regierungssystem gerade für die Beamten im Gefolge hat, nach links. Oder will jemand uns glauben machen, daß z. B. die Regelung der Arbeitszeit bei der Eisenbahn, die soziale Entrenchung der Personale der großen Betriebsverwaltungen sowie die Verschlechterungen des Beamtensrechts in der Reichsdienststrafordnung durch die Regierungsmehrheit im Reichstag dazu angetan wären, ausgerechnet die Beamten für die Festigung dieser deutschen Republik von Bürgerblockgnaden zu gewinnen? Im Gegenteil, die Beamten dringen, in immer engerer Schulführung mit Arbeitern und Angestellten stehend, mit ihren Protestaktionen — bewußt und unbewußt — in die Linien vor, aus denen diese Regierung sie fernhalten möchte. Denn sie und ihresgleichen weiß sehr wohl, daß die Stärkung der Arbeitnehmerfront durch die Staatsbediensteten sowohl die Aufhebung der Isolierung der Beamten als auch die Befreiung der in ihren Reihen brachliegenden politischen Kräfte nach sich ziehen möchte. Poincaré, Frankreichs Ministerpräsident, hat die aus dem Anfang dieses Jahres in dem Kartell der fünfhunderttausend mit den Beamten vollzogenen Zusammenschluß der französischen Gewerkschaften seinem System drohenden Gefahren klar erkannt. Die Baldwin-Regierung Englands versucht mit dem Antigewerkschaftsgesetz



die Staatsbeamten aus der Gewerkschaftslinie, das heißt natürlich auch aus der Verbindung mit der Arbeiterpartei, herauszulösen. Auch in Deutschland versucht man, vorläufig zwar noch mit sanfteren Mitteln, die splendid isolation der Beamten zu stabilisieren. Wenn die Beamtenschaft diesen neuen Angriff auf ihre Staatsbürgerrechte — denn um nichts mehr oder weniger handelt es sich in der Tat —, ohne Widerstand zu leisten hinnimmt, dann wird nicht nur ihre Politik zur dauernden Erfolglosigkeit verurteilt sein, sondern sie selber macht sich mitschuldig an der Aushöhlung der Republik durch Festigung eines Systems, bei dessen Anwendung sie gleich Arbeitern und Angestellten stets zu den Verlierern zählen wird.

Wenn Stimmung allein für politische Erfolge ausschlaggebend wäre, dann hätte die Beamtenschaft den Sieg bereits in der Tasche. Was die Demonstrationen an Stimmung der Massen zum Ausdruck brachte, war echt. Sie kann austakt, aber nicht Inhalt einer neuen Periode werden. Die neue Linie der Praxis verläuft zwischen Demonstrationstimmung und Reichstagswahlen von 1928. Der Ausfall dieser Wahlen ist ebenso das Schicksal der Republik wie das der Beamtenschaft. Wenn jemals die Führung der Beamtenschaft neben gewerkschaftlichen Aufgaben eine politische Aufgabe zu erfüllen hatte, dann jetzt. Es ist Zeit, daß mit der Scheitlerpolitik vieler Beamten Schluss gemacht wird. Sie müssen den Mut aufbringen, die Haltung der politischen Parteien an den Tagesfragen der letzten Wochen und Monate zu messen, und aus dem Ergebnis die Konsequenzen ziehen. Für den Sozialismus kommt wieder einmal aus der politischen Entwicklung heraus eine Periode neuer Gewinnchancen, die anders als 1918 ausgenutzt werden muß. Den Unterschied zwischen 1918 und 1927 hat uns der Kieler Parteitag ganz klargemacht. In einer zu der Rede Hilferdings angenommenen Entschließung heißt es:

„Der Kampf um die Eroberung der Staatsmacht macht die Erziehung und Behauptung mächtiger Machtpositionen in Gemeinde, Staat und Reich notwendig. Allein durch die aktive Beteiligung in der Verwaltung kann die notwendige Republikanisierung und Demokratisierung der Verwaltung erreicht werden. Schon daraus ergibt sich die hohe Bedeutung der Teilnahme der Sozialdemokratie an der Verwaltung der Gemeinden und Länder.“

Von den Beamten, die 1918 zur Sozialdemokratie kamen, waren viele auf Stimmung und Gefühl eingestellt. Sie hielten nicht immer stand, wenn es um die Verteidigung der eben erungenen Position oder um die Eroberung neuer Positionen ging. Ihr Mitgliedsbuch blieb ohne Beitragsmarken. Die Inflation schuf ungekannte Verwirrung. Rechter Hand, linker Hand — alles vertauscht. Nur langsam ließ sich hinaus über das, was ist, erkennen, was wird. Die wenigen Sozialisten, die über allen Sturm und Drang in den Verwaltungen und Betrieben durchhielten, waren nicht imstande, die Reaktion zu hemmen. Von heute auf morgen ist Zugang in großer Zahl nicht zu erhoffen, wohl aber kann durch zähe Kleinarbeit und großzügig betriebene Aufklärung das sozialistische Element in den Verwaltungen gestärkt werden. Hilferding hat in seinem glanzvollen Bericht über die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik den Finger in die Wunde gelegt und von der großen Gefahr gesprochen, daß man über den reaktionären Inhalt dieser Bürgerblockregierung hinwegtäuscht. Diese Gefahr droht vor allem auch den Beamten. Wenn es dieser Regierung gelingt, die Beamtenschaft nicht nur zu gewinnen, sondern auch auf ihre Seite zu halten, dann bedeutet das in der Tat eine Steigerung der Gefahr, daß der schwarz-blaue Block der Vorkriegszeit sich unter Umständen für lange Zeit festsetzt. An dieser Entwicklung haben die Beamten am allerwenigsten ein Interesse. Die Parlamentspraxis der letzten Monate hat ihnen zur Genüge bewiesen, daß ihre Erfolge an Republik und Sozialismus gebunden sind.

Auch der Kieler Parteitag hat nicht alle Unebenheiten ausgleichen können, aber gerade die Beamten könnten aus den Verhandlungen für ihre politische Praxis das eine lernen,

daß das Bekenntnis zum Sozialismus auch gewerkschaftliche Verpflichtungen auferlegt, deren Nichtachtung sich bitter rächen muß. Partei und Gewerkschaft sind gewiß nicht eins, aber die Haltung der überwältigenden Mehrheit der Parteitage-delegierten in der Beamtenschaft war doch ein eindeutiger Beweis dafür, daß die Politisierung der Gewerkschaften — nicht im parteipolitischen Sinne — unaufhaltsam fortschreitet. Dieser Prozeß muß schließlich auch zu einer Umbildung der Beamtengewerkschaften mit dem Ziel der Steigerung der Solidarität aller Arbeiter, Angestellten und Beamten führen. Der Kieler Parteitag hat uns einen kräftigen Schritt in dieser Richtung vorwärts gebracht. Das wollen wir nicht vergessen, wenn wir jetzt in die Kleinarbeit hineingehen. Wo auch immer wir in der Beamtenschaftsbewegung unseren Platz haben, über den Tageskampf hinaus bleibt unser gemeinsames Ziel die Stärkung unserer Reihen für den Sieg bei den Reichstagswahlen 1928. Unser Sieg bedeutet Sicherung der Republik und Vormarsch des Sozialismus.

## Nach dem Abbruch.

### Enttäuschung von Kommunisten und Faschisten.

Der Verkehrsstreit ist zu Ende, Deutschösterreich kehrt zu normalen Zuständen zurück. Die österreichische Sozialdemokratie hat die Arbeitermassen gesammelt und diszipliniert aus der Streikbewegung herausgeführt, ohne sich auf eine Preistageaktion einzulassen.

Die Reute von rechts und links heult. Kommunisten und Faschisten haben gehofft, daß nun das Chaos über Österreich hereinbrechen würde, in dem sie ihre Pläne zum Reifen bringen könnten. Durch ihre Presse geht ein Zug der Enttäuschung, daß der Verkehrsstreit zu Ende ist, ehe es zu neuen Gewalttaten gekommen ist.

Die „Rote Fahne“ nennt das kluge, die Interessen der Arbeiterchaft wahrnehmende Verhalten unserer österreichischen Genossen „Arbeiterverrat“. „Das rote Wien verraten. So macht es der linke Otto Bauer.“

Die Sozialdemokratie hat es geschafft. Freitag nachmittag schlang sie sich an die Spitze des spontan ausgebrochenen Generalstreiks der österreichischen Arbeiterschaft, mit der ausgesprochenen Absicht, ihn baldmöglichst zu liquidieren. In 24 Stunden liquidierte sie den Generalstreik in Wien, schickte die Arbeiter von den Straßen nach Haus, bildete zum Schutze des kapitalistischen Staates die Bürgerwehr-Garde, um in den nächsten 24 Stunden auch den Eisenbahnerstreik abzulösen und so der kämpfenden Wiener Arbeiterschaft die letzte Waffe aus der Hand zu reißen. Die Bourgeoisie, die des Eingreifens der Sozialdemokratie in die spontane Massenaktion des Wiener Proletariats mit Entzücken und Perhülzung quittierte, kann zurückbleiben. Noch nie haben Führer einer Arbeiterorganisation die Arbeitermassen mitten in einer großräumigen revolutionären Aktion so rasch und erfolgreich entwaffnet, der blutigen Reaktion zum Fraß hingeworfen. Die Kapitalisation der österreichischen Reformisten vor der Reaktion erfolgt bedingungslos und ohne die mindeste Garantie.

Die „Deutsche Zeitung“, das Gegenspiel der „Roten Fahne“, versichert, nicht die Sozialdemokratie habe den Verkehrsstreit abgebrochen, sondern die Faschisten, die Heimatwehren, der österreichische Stahlhelm habe ihn niedergezwungen. „Deutschösterreichs Rettung. Erfolgreiches Ultimatum der Heimatwehr.“ Sie macht die Seipel-Regierung scharf, nun nach faschistischen Methoden zu regieren.

Freilich wird es nun Aufgabe der Regierung sein, sich die ihr von den Heimatwehren wiedergeschenkt Autorität auch für die Zukunft zu sichern gegen eine Wiederholung dessen, was Österreich in den letzten vier Tagen erlebt hat. Hier gilt es, viel zu ändern und Abrechnung zu halten mit manchem — wir weisen nur nochmals auf die Tatsache hin, daß es der Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien war, der die „rote Hilfspolizei“ genannte Nordbrenner-Garde auf sich vereidigen ließ u. m. u. m.

Der Hugenbergische „Tag“ heßt gegen den Republikanismen Schutzbund. Er sei der Schuldige, er habe eine Kraftprobe, wenn nicht gar den Umsturz gewollt. Zu schützen sei in Oesterreich nichts, denn es gebe keine Reaktion:

„Die Unschuldsmiene steht also dem Republikanismen Schutzbund“ sehr schlecht, ebenso schlecht wie sein Name: denn so gefährdet die wirtschaftliche und politische Selbständigkeit sowie die Einheit dieses „Staates wider Willen“ sein mag, so wenig gefährdet ist seine republikanische Staatsform. Es gibt keine „Reaktion“ in Oesterreich, von einigen hoffnungslosen Schwarzgelben Stammtischen abgesehen. Der Name und die Organisation ist Rinnitzig. Der republikanische Schutzbund ist eine Leibgarde der Sozialdemokratischen Partei und ein Versuch, die tatkräftig in Angriff genommene Reform des ursprünglich rein sozialdemokratischen Bundesheeres zu verhindern.“

Die Kommunisten hehen gegen die Sozialdemokratie, die Reaktion hegt gegen die Sozialdemokratie, gegen den Schutzbund, gegen das rote Wien. Hege von beiden Seiten. Sie entspringt der Mut, daß es sowohl der Reaktion als auch dem gewissenlosen kommunistischen Gefindel nicht gelungen ist, das Chaos in die österreichische Sozialdemokratie zu tragen.

Sie geht als geschlossene Macht aus der Streikbewegung hervor. Das ist die Sorge der Reaktion! Der „Lokal-Anzeiger“ schreibt:

„Eine Macht aber, die so groß geworden ist, wie die Sozialdemokratie in Oesterreich, wird durch eine Niederlage nicht besiegt. Dr. Seipel hat für den Augenblick Oesterreich zum zweiten Male gerettet — aber er wird sein Wort erst dann voll getan haben, wenn er weitere berat schwere Schädigungen des österreichischen Volkes für die Zukunft unmöglich gemacht haben wird. Von den Aufgaben, die sich innerpolitisch ergeben, seien nur zwei angedeutet: Schaffung einer zuverlässigen, nicht sozialdemokratisch verfeindeten Bundeswehr, Erfassung der Waffenbestände des Republikanischen Schutzbundes. Mit ganz anderer Tatkraft wird der Stoß gegen die Sozialdemokratie gerichtet werden müssen. Innen- und außenpolitisch. Sonst möchte sich der Sieg Dr. Seipels nur gar zu leicht als ein letzter Pyrrhusieg gegen Oesterreichs Rote erweisen.“

Die Scharfmacher in Deutschland geben gute Ratschläge, um Oesterreich in Brand zu stecken. Die Brände von Wien genügen ihnen nicht.

## Demokraten und Verfassungstag.

### Veinlicher Vorfall in Thüringen.

Weimar, 18. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Das demokratische Blatt in Sonneberg schreibt zu der bei den Demokraten Thüringens wegen des Nationalfeiertages ausgebrochenen Krise gewissermaßen als Animort auf die Veröffentlichungen der Regierung und die offiziellen Mitteilungen der Demokratischen Partei:

„Der demokratische Innenminister Dr. Bauffen rührte keinen Finger, um diese wirklich sehr mutige Vertagung zu verhindern. Ja, nach alledem, was wir erfahren haben, soll er sogar selbst die Initiative zu diesem Vertagungsantrag ergriffen haben. Ist das der Sinn einer demokratischen Mitbeteiligung an der Regierung gewesen? Wie man auch das Problem betrachtet: In einer staatspolitisch hochbedeutenden Angelegenheit haben die demokratischen Mitglieder der Landesregierung versagt. Das mindeste, was sie hätten durchsetzen müssen, wäre Stimmhaltung des Kabinetts gewesen, obwohl das ebenfalls recht unsympathisch gewesen wäre. Aber nie und nimmer durften sie ihr politisches Renommee mit einer Erklärung gegen den 11. August als Nationalfeiertag belasten. Sie haben enttäuscht. Sie haben nicht gekämpft. Sie haben laviert und sich in eine Reihe gestellt mit allen Argumenten der verdeckten oder offenen Begner der Republik und Demokratie.“

Braun Ehren doktor der Kölner Universität. Die wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Köln verlieh dem preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun die Würde eines Doktors der Staatswissenschaften ehrenhalber.

## Eine Frau hängt am Auto.

Von Erich Gollgetreu.

Wien, Sonntag/Montag Nacht.

Der Schnellzug Berlin-Budapest hat in Bodenbach die Nacht hinter sich, in Prag den Morgen, in Brünn beinahe den Mittag. Als die lange Wagenkette endlich gegen vier Uhr nachmittags in Preshburg/Bratislava einrollte, war die Spannung der Reisenden, die größtenteils nach Wien wollten, aufs höchste gestiegen: wird man durchkommen oder nicht? Es kam fast keiner durch. Die streifenden österreichischen Eisenbahner haben keine Veranlassung, die Strecke nach Preshburg, die allerkürzeste bis zur Zustands-grenze, zu besahren. Die Preshburger Hotels sind heute nacht überfüllt.

Nach langen Bemühungen gelang es mir, zusammen mit einem englischen Journalisten, ein Auto zu kapern; der Chauffeur verlangte für die 70 Kilometer lange Strecke einen horrenden Preis, es blieb nichts anderes übrig, als ihn zu bewilligen. — Donnerwetter, was hindert denn da uns immer noch an der Abfahrt?

Ein junges Mädchen. Eine Schönheit. Sie spricht tschechisch, uns unverständlich. Junges Mädchen, immer Ja, Schönheit, immer Ja, aber jetzt wollen, müssen wir doch weg! Der Chauffeur furbelt an, antwortet nicht, schaltet ein, jensei redet weiter, er reagiert nicht, wir fahren los — ja, was denn??

Das Mädchen hat sich hinten an den Wagen gehängt, an den Träger geklammert, Gott, wenn der Koffer auf sie fällt — anhalten, Chauffeur, anhalten! Der fährt weiter, zehn Meter noch, uns scheinen's hundert, endlich ziehen wir die Erschöpfte, schon leicht Verletzte in den Wagen. „Was sagt sie denn,“ Chauffeur, „was sagt sie denn?“

Erdlich erhalten wir Auskunft: der Geliebte arbeitet in Wien, ist Kommunist, sprach oft empört vom Schattendorfer Prozeß, sicher, sicher hat er mitemonstriert, sicher ist er tot. „Mit nach Wien!“, schreit das Mädchen auf einmal auf deutsch. „Mit nach Wien!“

Die Schönheit sitzt hinten im Wagen, bequem und weich, aber die Schönheit weint. Sie sieht nicht, was wir im Fluge des 70-Kilometer-Tempos aufnehmen: diesen sich in vielen Außerordentlichkeiten zeigenden Wechsel zwischen tschechischem und österreichischem, die Dreiländerküste und die Grenze bei Berg, das entzündende und furchtbar historisch tuende Städtchen Heimbürg, Berge, Berge, rechts die Donau, links, meist genau parallel mit uns, die Schnellbahn, das lustige Dahinschießen so vieler Autos mit Journalisten, die nur von Preshburg aus ihre Nachrichten weitergeben können, eine wilde Straße, eine wilde Fahrt.

Wir sind gleich am Ziel. Straßenbahnen fahren schon? Ja, seit heute mittag. Also ist Ruhe eingetreten. Es gibt auch schon,

außer den üblichen Aufrufen an Säulen und Mauern, was Gedrucktes: das Mitteilungsblatt der Sozialdemokratischen Partei. Tausende promenieren in Sonntagskleidung in den Straßen, debattieren in kleinen Gruppen, das kennen wir, das ist das typische Bild des Hinterher. Das Auto folgt dem Strom der Spaziergänger, hält also vorm Justizpalast. Hier arbeitet im Innern noch die Feuerwehr. Man hört Krachen. Bläulich trüben sich Brandwolken in den Abendhimmel. Das Haus ist nicht „bis auf die Grundmauern niedergebrannt“, wie man es morgens und vorabends noch in den reichsdeutschen Blättern las, aber doch ziemlich ausgebrannt.

„So fährt doch weiter!“ ruft, auf deutsch, in unserem Wagen der seltsame Gast. Wohin denn? Die Frau setzt sich neben den Chauffeur, sagt ihm, wie er fahren soll, Gott, diese Frau! Wo halten wir? Vorm Allgemeinen Krankenhaus. „Wenn irgendwo, so muß er hier liegen.“ Das war nicht gesprochen, das war nicht geschluckt, das war nicht geweint, das war — in der deutschen Sprache fehlt ein Wort.

Jetzt, Bruder Reporter, sollte es auch an uns sein, weich zu werden. Nein? Wir bleiben hübsch draußen.

Und warten.

Wir warten eine halbe Stunde, wir warten eine Stunde. Dann gehen wir hinein. Unser seltsamer Gast sucht noch immer. Der Geliebte ist nicht da. Oder ist er doch da? Was liegen in diesem Keller, in diesem „Einsch“, wie seine heute grauigste Abteilerung heißt, für undefinierbare, unidentifizierbare Leichen auf Pritschen? Wer ist denn das alles? Wer?

„Genossen, schißt doch den Suben da raus!“ „Aber, er hat doch eben seinen Vater gefunden.“

— — — Unsere fand ihren Geliebten noch nicht. Doch ihre Ahnung sie doch trog!

Frauen schreien.

Schreien bis Mitternacht.

Im Mitternacht wird der Keller geräumt.

Uebrig bleibt eine Totenkompagnie von 42 Mann, bleibt Blut, bleiben gebrochene Augen, bleibt Elend, bleibt der unbekannte Soldat des Proletariats.

Das Berliner Palais von Kreuz. Das von dem Berliner Museum für Völkertunde benutzte ehemalige Freihaus in der Klosterstraße, das frühere Palais von Kreuz soll dem Durchbruch vom Meganberplatz her im Zuge der Grünstraße zum Opfer fallen. Nun aber hat das Bezirksamt Mitte durch das städtische Tiefbauamt eine seitliche Verschiebung des Durchbruchs nach der Parochialstraße zu ausarbeiten lassen, um das Haus, eines der letzten herodorrangenden Denkmäler der Berliner Baukunst des Barock, zu erhalten. Professor Dr. Hermann Schmitz, der jetzt in der Zeitschrift „Berliner Museum“ über die Geschichte des Hauses berichtet, teilt dabei mit, daß bereits vor 20 Jahren Julius Vesting die Absicht hatte, den Hauptaal des Palais für das Kunstgewerbemuseum zu erwerben, um ihn dort einzubauen. Allein die Ministerialbaukommission ver-

hinderte die Herausnahme des Saales, weil dieser mit dem Haupteinheit bilde. Sollte sich der Abbruch aber wirklich nicht verhindern lassen, so wäre natürlich die Erhaltung des Saales ebenso wie des Treppengeländers und ihrer Aufstellung im Deutschen Museum oder im Schlossmuseum ein Gebot der Pflicht. Aber der Hauptwert des Ganzen beruht eben doch auf der meisterhaften Abstimmung des Bestibüß, des Treppenhauses und des Festsaales zum Grundverhältnis des Gebäudes. Bürgermeister Schneider hat vorge schlagen, Treppenhause und Saal vielleicht in Verbindung mit einer Ausstellung weitesten Kreisen der Bevölkerung zugänglich zu machen.

Seit langem ist die Verlegung des Museums für Völkertunde als notwendig erkannt. Sollte diese sich verwirklichen lassen, so könnte das Palais in Verbindung mit anderen Kulturweden der Deffentlichkeit dienlich gemacht werden. Die Räume atmen nach echt Schlüterischen Geist und sind für die Geschichte der Berliner Raumkunst, Dekoration und Holzschmuckerei sehr wertvoll. Das Palais ist 1716 für den Geheimen Staatsrat Bogislaw von Kreuz von Schlüters Schüler Martin Heinrich Böhmne errichtet worden.

Der Wahnsinn der Bogerei. Das in gerade verrückter Weise zunehmende und künstlich geförderte Interesse für den Bogsport in den Vereinigten Staaten bezeugt die Tatsache, daß in dem Wettbewerb, der am 21. Juli zum Austrag kommen soll, einer der Teilnehmer für jede Minute, die er im Ring zubringt, ein Honorar von 5500 Dollar erhält. Der Kampf ist nicht für Schwergewichtler bestimmt, da der gegenwärtige Inhaber des Titels, Gene Tunney, nicht am Kampfe teilnimmt. Die beiden, die sich diesmal messen werden, sind der frühere Meister Jack Dempsey und Jack Sharkey, ein anderer wohlbekannter amerikanischer Boxkämpfer. Die finanziellen Abmachungen werden in ihren Einzelheiten zwar geheim gehalten, doch ist so viel bekannt geworden, daß Dempsey über 25 000 Dollar für seine Mitwirkung erhalten soll. Solange der Kampf nicht durch Knockout beendet wird, soll er in 15 Runden zu je drei Minuten fortgesetzt werden. Der Zubrang zu dem Kampf ist ganz außerordentlich. Man rechnet mit einer Zuschaueremenge von über 100 000 Köpfen; die Preise der Eintrittskarten schwanken zwischen 10 und 100 Dollar für die Karte.

Die staatliche Kunstbibliothek bleibt wegen Erneuerungsarbeiten vom 25. Juli bis zum 14. August geschlossen.

Die Moskauer Sängerin Anna Sagaroffa gibt eine einmalige Wiederholung ihrer Konzerte am Donnerstag, dem 21. Juli, abends 7 1/2 Uhr im Beethovenaal. Sie singt wieder Nationallieder aller russischen Stämme in den Nationaltrachten.

Dr. W. Hermanns ist von der Fakultät für allgemeine Wissenschaften an der Technischen Hochschule Kaden für das Fach Zeitungsstudien habilitiert worden. Dr. Hermanns war mehrere Jahre als Redakteur tätig.

Der 6. Internationale Kongress für die geschichtliche Geniehung der Medizin wurde Montag in Leipzig feierlich eröffnet. Auf dem Kongress ist zum ersten Male seit der Beendigung des Weltkrieges auch Deutschland vertreten.

Die Werke von H. G. Wells, dem hervorragenden englischen sozialistischen Romanbildner, werden demnächst auch in einer deutschen Gesamtausgabe herauskommen. Als erstes Werk dieser Ausgabe wird der Roman „Welchen, Göttern gleich“ erscheinen.

Frederick Steinway, der Präsident der Firma Steinway u. Sons, der bekannten Pianofabrik, ist, wie aus New York gemeldet wird, am 17. Juli gestorben.



# Poincarés Stellung.

bleibt er bis zu den Neuwahlen? — „Inflation oder Wirtschaftskrise?“

(Von unserem französischen Mitarbeiter.)

Paris, 18. Juli.

Rascher hat selten ein Ministerpräsident seine rebellionsfähige Mehrheit wieder zur unterwürfigen Gehorsamkeit gezwungen, als Raymond Poincaré in den beiden letzten Tagen der parlamentarischen Session vor den Sommerferien.

Weil er seit Monaten nichts getan hatte, um die Wahlreform zu verhindern, weil er darauf verzichtete, die Autorität seiner Person und seines Amtes in die Waagschale zu werfen, als es zu den entscheidenden Diskussionen und Abstimmungen darüber kam, weil er den radikalsozialistischen Innenminister Albert Sarraut machen ließ, was er wollte, um die Wiedereinführung des Kreiswahlrechts zu sichern, hatte sich im Lager des Nationalen Blocks eine so tiefgehende Unzufriedenheit gegen ihn angeammelt, daß der parlamentarische Ort an unvorhergesehenen und ernsthaften Menschen angingen, sich über die bevorstehende Ministerkrise zu unterhalten.

Poincaré, dem all das rasch zu Ohren kam, ließ sich dadurch nicht aus dem Finanzium herausziehen, in dem er sich während der ganzen Wahlreformdebatte eingeschlossen hielt. Reibel, der einst, unter dem Nationalen Block, einer seiner Minister war, konnte auf der Kammertribüne die bösesten Drohungen ausstoßen, die lautesten patriotischen Pösaunen zur Hilfe holen, um den Ministerpräsidenten in die Kammer zu locken: der blieb unberührt und kam erst, als eine die Finanzen berührende Frage zu erledigen war, die Gehalts-erhöhung für die Beamten.

„Wir werden ja schon sehen, ob die Gemäßigten und die Rechte wirklich Lust hat, mich zu stürzen: wenn sie's mögen, sollen sie's tun.“ hatte er seinen Vertrauten erklärt. Und ungefähr im selben Stil wiederholte er es vor der Kammer, die während seiner großen Rede am letzten Sessionstag einen gar wunderlichen Anblick bot. Die Rechte und die Mitte schienen Angst zu haben, Herr Poincaré könnte ernsthafte Lust haben, sich von der schweren Last der Ministerpräsidentenschaft zu befreien, wie es gewisse Gerüchte behauptet hatten, die Poincarés Unnachgiebigkeit in der Frage der rückwirkenden Kraft der Beamtengehaltserhöhung auf seinen Wunsch zurückführten, zur Demission gezwungen zu werden, da er nicht mehr an den Erfolg seiner Finanzpolitik glaube. . . . Und so schien mit einem Schlag aller Horn, den die Rechte und die Mitte Poincaré gegenüber gezeigt hatten, ver Raucht. Mit derselben Sturmeseile, mit der die Krisenwolken am Parlamentshimmel aufgetaucht waren, verschwanden sie auch wieder.

Im Augenblick, in dem die Kammer in Ferien ging, konnte man keinen Satz in den Wandelgängen öfter hören, als „Jetzt bleibt er bis zu den Neuwahlen im nächsten Jahr.“ . . . Das ist nun zwar nicht ganz sicher aber es ist unbefristet, daß, nachdem die Wahlreform zur Annahme gelangen konnte, ohne daß es deshalb zu einer Regierungskrise gekommen ist, die Stellung des Kabinetts Poincaré viel stärker ist, als zuvor.

Mehr als je hängt jetzt seine Zukunft vom Franklen ab. Das Problem der Stabilisierung und die damit in engster Weise zusammenhängende Frage der Wirtschaftslage werden in den Ferien und im Herbst entscheidend in den Vordergrund treten.

Ob Poincarés Finanzwerk seiner logischen Krönung entgegenreift, der geistlichen Stabilisierung, ob es wieder zusammenbrechen könnte, ob die wirtschaftliche Stabilisation, in der man gegenwärtig steht, sich ohne schwerere Krise überwinden lassen werde, oder ob man ärgeren Zeiten entgegengehe, das sind die Dinge, die jetzt schon, hinter den Kulissen, viel eifriger, viel leidenschaftlicher und mit viel größerer Sorge, als es in der Presse zum Ausdruck kommt, diskutiert werden.

In der glänzenden Rede, in der, im Namen der sozialistischen Fraktion, Genosse Leon Blum zum Schluß der Session die Bilanz des ersten Jahres der gegenwärtigen Poincaré-Regierung zog, hat der sozialistische Führer mit vorbildlicher Objektivität gewisse Erfolge der Poincaréschen Finanzpolitik hervorgehoben und gerühmt; er hat aber auch mit stärkstem Nachdruck darauf hingewiesen, daß es Poincaré noch nicht gelungen sei, Frankreich aus dem gefährlichen Dilemma zu befreien: „Inflation oder Wirtschaftskrise.“

Von der Antwort, die die Entwicklung innerhalb der nächsten Monate auf diese Schicksalsfrage geben wird, hängt die Zukunft des Kabinetts Poincaré ab. Einsteilen hat sich dessen Lage befestigt, aber der Ministerpräsident ist der letzte, der sich im unklaren darüber wäre, daß sie nur bleiben wird in dem Maß, in dem die französische Währung weder steigen noch sinken wird.

# Hakenkreuzler-Reinfall.

Göbbels provoziert Zwischenfälle in Augsburg.

Augsburg, 18. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Eine able Erziehung mußte der bekannte Propagandist der Hakenkreuzler, der auf seiner Aufregung zu Gewalttätigkeiten in der Mark Brandenburg nicht mehr reden darf, am Sonnabend in Augsburg machen. Er war hier zu einer Versammlung eingetroffen und hatte, als die „Ehrentompagnie“ der Hakenkreuzler ihn zur Versammlung abholte, eben erfahren, daß im Gastraum des von ihm als Kostgängerquartier gewählten Hauses der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Simon-Schwaben als Gast anwesend war. Im Vertrauen auf die Anwesenheit der „Ehrentompagnie“ stürzte Göbbel mit einem halbdutzend seiner Anhänger in das Lokal, um Simon in rüpelhafter Weise zu belästigen. Er hatte jedoch die Rechnung ohne den Wirt gemacht; denn während Simon sich die Belästigung in entschiedener Weise verbat, erschien der auf den Vorgang aufmerksam gewordene Wirt, packte den Kakeeler am Kragen und beförderte ihn eigenhändig an die frische Luft — angesichts der zur Ehrung Dr. Göbbels erschienenen Ehrentompagnie.

Es ist bezeichnend, daß der den Aufmarsch überwachende Polizeileutnant nicht im Lokal erschien, als Göbbel mit seinen Begleitern zum Zwecke der Ruheförderung in das Lokal eingedrungen war, sondern erst später, um dem Wirt — Vorhalte zu machen!

Sacco und Vanzetti haben den Hungerstreik begonnen. Sie wollen lieber Hungers sterben, als sich der Hinrichtung ausgeben. Die Vernehmungen der Zeugen gehen weiter.

Die kommunistischen Abgeordneten Cadin, Doriot und Martz, die sich heute zur Verbüßung ihrer Gefängnisstrafe melden sollten, haben sich bis 6 Uhr abends noch nicht eingestellt.

# Unwetter in Böhmen und Mähren.

Verwüstung des Eulantaies.

Prag, 19. Juli. (WTB.) Am Sonntag ging über das Eulantal ein neuer furchtbarer Wolkenbruch nieder, dessen Folgen die unheilvolle Katastrophe vom 9. Juli bedeutend übertrifft. Viele Bauwerke sind vollständig verschwunden. Die Fluten haben sich ein viele Meter tiefes Bett geschaffen. Für die dort stehenden Häuser besteht die Gefahr der Unterspülung bei weiteren Hochfluten. Die Straße gegen Eulau ist ein Trümmerfeld. Aus einem Hause in Oberculau, das mitten in den brausenden Hochfluten stand, konnten die Insassen nur mit Leibern gerettet werden. Das Mülligische Haus in Eulau, das beim ersten Hochwasser teilweise zerstört wurde, ist bis auf den letzten Mauerrest vollständig verschwunden. Eine Papierfabrik wurde zum größten Teil weggerissen. Der obere Mauerwall des Eulaubaches ist vollkommen zerstört. Im Bodenbacher Stadtteil Schmelze, der wiederum ganz unter Wasser stand, mußten die Bewohner den Weg aus ihren Wohnungen über die Dächer nehmen.

Brünn, 19. Juli. (WTB.) Gestern nachmittag wurde Jedowitz und Umgebung von einem heftigen Unwetter heimgesucht, das bis Mitternacht andauerte. Infolgedessen rissen die Dämme der Leiche in der Umgebung, und das Wasser aus diesen Teichen ergoß sich in einem tiefen Strom ins Land. Die in der Nähe der Leiche gelegenen Gebäude wurden überschwemmt, desgleichen die umliegenden Felder. Ungeheurer Schaden wurde verursacht. Auch die Macochas-Schlucht und die dortigen von Touristen viel besuchten Höhlen wurden vollständig überschwemmt. Die Wasserflut im Jedowitztal unterspülte an mehreren Stellen die Straße zwischen Jedowitz, Kirteln und Adamstal. Die tiefer gelegenen Teile von Kirteln wurden gänzlich überschwemmt. In Adamstal sind zwei Häuser eingestürzt.

# Rheinheffen und Hunsrück heimgesucht.

Mainz, 19. Juli. (WTB.) Ueber das mittlere Rheinheffen ist gestern ein Hagelwetter von außerordentlicher Schwere niedergelassen. Besonders heftig wüthete das Unwetter in der Gemarkung Stadelern, wo in einer halben Stunde die gesamte Ernte vernichtet wurde. Die Getreidefelder liegen wie gemalt am Boden. In manchen Stellen lagen große Hagelförner hüfhoch auf den Feldern. Die Weinberge bieten einen trostlosen Anblick. Fast sämtliche Stöcke sind völlig ent-

blättert. Alle Trauben wurden abgeschlagen und liegen am Boden. Jahrelange Haszn und Feldhühner wurden vom Hagel erschlagen. Der Schaden ist unbeschreiblich, da die Weinberge für viele Jahre vernichtet sind. Die Futterernte ist völlig vernichtet worden, so daß die Milchversorgung der Stadt Mainz gefährdet ist. Auf Veranlassung des Reichstagsabgeordneten Kroll wurde eine Hilfsaktion für die Unwettergeschädigten eingeleitet.

Oberstein, 19. Juli. (WTB.) Auch über dem Hunsrück hat sich ein katastrophales Unwetter entladen. In zahlreichen Gemarkungen wurde gemaltiger Ernteschaden angerichtet. In Speyertrich wurde ein junges Mädchen beim Heumachen vom Blitz getroffen und sofort getötet. In der Nähe von Birkenfeld wurde eine 20jährige Bauerstochter, die unter einem Baum vor dem Unwetter Schutz gesucht hatte, durch einen einschlagenden Blitz getroffen und getötet.

# Erneutes Unwetter im Harz.

Halle, 19. Juli. (TL.) Ueber den Nordharz gingen neuerdings schwere Gemitter nieder, die große Wassermassen ausschütteten. Der Blitz richtete in verschiedenen Orten schweren Schaden an. Bei Klaustral wurden die Halben auf die Eisenbahnschienen geschleudert, so daß der Verkehr durch Umsteigen aufrechterhalten werden muß. In verschiedenen Gemeinden wurde schwerer Häuser Schaden angerichtet. In Goslar stürzte eine Hauswand ein, doch sind Menschenleben nicht zu beklagen.

# Die Wolga über die Ufer getreten.

Moskau, 19. Juli. (WTB.) Wie aus Nischinnowgorod gemeldet wird, haben die Regengüsse die Wolga derartig anschwellen lassen, daß sie weit über ihre Ufer getreten ist. Einige Dörfer und das Städtchen Tulsjanow wurde vollständig überschwemmt. Der Fluß hat eine Breite von fast 6 Kilometer.

# Die Opfer des Erdbebens in Palästina.

Jerusalem, 19. Juli. Nach dem amtlichen Bericht über das Erdbeben in Palästina und Transjordanien haben in Palästina 200 Personen den Tod gefunden, während 356 schwer und 375 leicht verletzt wurden. Die Zahl der schwer beschädigten Häuser im ganzen Land wird auf 1000 geschätzt. In Transjordanien zählt man 67 Tote und 102 Verletzte.

# Die „Republik der Kinder“.

Im Zeltlager der Kinderfreunde bei Kiel.

Kiel, 19. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Auf der Wiese, auf der das Zeltlager der Kinderrepublik aufgebaut ist, herrscht ein buntes Treiben. „Dorfgemeinschaften“ halten die Verbindung zwischen den einzelnen Zelten und der Lagerleitung aufrecht, sorgen dafür, daß die Zeltbewohner sich die Arbeit untereinander erleichtern und Gefelligkeit pflegen, aber auch, daß diese dörfliche Abgeschlossenheit nicht zum Partikularismus führt. Das Berliner Dorf, dem Leipzig angeschlossen ist, umfaßt 23 Zelte mit etwa 350 Bewohnern. Die Zelte sind im Kreise aufgestellt, so daß die Ausgänge sämtlich auf den „Dorfplatz“ führen, der für Spiele und Beratungen freigeblieben ist. Jede Zeltgemeinschaft steht unter der Führung eines verantwortlichen Helfers, der dafür sorgt, daß die Mitglieder der Gemeinschaft nicht auseinanderlaufen und die Kinder sich nicht verirren.

# Der Gemeinschaftsgedanke ist der Wefenstern

der Kinderfreundebewegung. Er kommt auch hier in voller Reinheit zur Geltung.

Die Kinder sind zur Erholung hier, aber sie lernen auch, sich systematisch in die notwendige Ordnung einzufügen und selbst für diese Ordnung mitzuzorgen. So stellt jeden Tag eine andere Dorfgemeinschaft die Hilfskräfte für den Küchendienst: die einen zum Kartoffelschälen, die anderen zum Transport der Eiertübel von der Küche über den weiten Weg zu den einzelnen Dörfern. Innerhalb dieser Dörfer wird dann die weitere Ausgabe von den „Dorfbürgermeistern“ in die Zelt Haushaltungen besorgt. So weit man bei dem kurzen Aufenthalt bisher beobachten konnte, klappt die Organisation vortrefflich. Die Kieler Genossen, in Verbindung mit dem Konsumverein, haben das Reichsmöglichkeit geleistet, um den reibungslosen Verlauf dieses noch mehr als einer Richtung interessanten Experimentes zu gewährleisten. Es sei nicht verschwiegen, daß auch die Reichsmarine das Ganze unterstützte. Sie hat nicht nur die Dampfer gestellt, auf denen die Kinder am Sonntag von Kiel nach Friedrichsort befördert wurden, sie hat außerdem eine Anzahl „Gulaschkanonen“ zur Verfügung gestellt, um die schon vorhandene umfangreiche Kücheneinrichtung zur Versorgung von mehr als 2000 Menschen noch arbeitsfähiger zu machen.

# Die einzelnen Zelte

zeugen von der Liebe ihrer Bewohner zu der tragenden Idee und von der Sorgfalt, die die Genossen und Genossinnen auf die Ausstattung gelegt haben. Einige haben interessante Systeme erunden, um den längeren Aufenthalt in diesem Lager so angenehm wie nur möglich zu machen. Während die meisten Zelt Haushalte einfache Strohschütten als Schlafunterlage benötigen, haben andere durch lauber genähte leiförmig geschragte Strohsäcke für größere Dauerhaftigkeit ihrer Lagerstätten gesorgt. Wieder andere haben sich Schränke aus Kisten gezimert, die gleichzeitig Tisch und Schrank darstellen. Viele haben gleichzeitig den sinnvollen Gedanken ausgeführt, die Rittelflange des Zeltes, die das Ganze trägt, mit einem runden Tisch und einem Kleiderrechen zu versehen. Trotzdem herrscht fast in jedem Zelte eine bedrückende Enge, denn Strohsäcke und Kuchsäcke füllen neben dem notwendigen Geherat die Zelte vollständig. So ist die Bewohnerschaft schon aus „inneren“ Gründen genötigt, den größten Teil des Tages außerhalb ihrer Wohnräume zuzubringen. Der Aufenthalt draußen ist allerdings bei dem herrlichen Wetter, das den Beginn dieses Ferienlagers begünstigte, auch vielfach verlockender. Die Kinderrepublikaner laufen im Podelokium oder im Turnauszug umher, spielen und „arbeiten“ in ihnen mit erfreulicher Ausdauer. Die Lust ist für diese Großstadtproletarierkinder so anregend, daß die meisten von ihnen einen ausgeprägten Appetit entwickeln.

# Die ersten Nächte im Zeltlager

sind den Kindern augenscheinlich gut bekommen; sie sind früh schon vor sechs Uhr wach, während sie erst um 8 Uhr offiziell ihr Lagerwerk beginnen sollen. Gleich nach dem Aufstehen marschieren sie zelt- und dorfguppenweise an den Strand, etwa eine Viertelstunde entfernt. Dort wird im Salzwasser der Offee die erste Morgenwache vorgenommen. Der Rasch und das ungewohnte Seebad war für viele neu, aber gerade deshalb erregt es doppelte Freude.

Das Zeltlager dieser Kinderrepublik macht rein äußerlich schon einen außerordentlich padenden Eindruck, der durch den weiteren Ausbau der inneren Organisation zweifelloos noch verstärkt wird. Wenn wir erwähnen, daß selbstverständlich auch für Erkrankungs-fälle vorgesorgt ist — zwei Krätze und mehrere Sanitätär verrichtungen dauernd Dienst — so können wir sagen, daß der Versuch, diesen Massen von Proletarierkindern in der frischen Luft an der Offee unter eigener Verantwortung und Verwaltung ihrer Organisation in einem Ferienlager auf vier Wochen zu vereinen, ein sehr glücklicher Gedanke war. Ueber seine Durchföhrung wird

noch manches zu berichten sein, wenn einige Zeit ins Land gegangen ist. Die ersten Eindrücke, die wir gewinnen konnten, sind die denkbar besten. Allen Genossen und Genossinnen, die in wochenlanger Borarbeit den Kindern aus ihren Ortsgruppen dieses Erlebnis ermöglichen, mag das glückliche Befingen des begonnenen Wertes den besten Lohn für ihre Mühe bereiten.

# Ab durch die Entlüftungsklappe.

Ein Untersuchungsgefängener ausgebrochen.

Ein tollfühnes Stückchen leistete sich gestern ein kurzeit in Untersuchungshaft befindlicher Zigeuner Joseph Weidrauch im Kriminalgericht Roßbit.

Weidrauch, ein Mann von etwa 25 Jahren, war Spezialist in Ladenschließendiebstählen, die er in einer ganzen Reihe von Fällen begangen hat. Die Ermittlungen gegen ihn waren jedoch außerordentlich schwierig, weil er an den verschiedensten Orten immer wieder unter anderen Namen „gearbeitet“ hat. Um ihn zu überführen, waren deshalb fortgesetzte Gegenüberstellungen mit zahlreichen Zeugen notwendig. Gestern nachmittag wurde er wieder zu diesem Zweck dem Untersuchungsrichter vorgeführt und dann nach einer Gegenüberstellung vorläufig in dem Vernehmungszimmer für Untersuchungsgefängene, das im Hochparterre liegt, untergebracht. Dieser Raum wird unter Verschluss gehalten und hat vergitterte Fenster. Als man Weidrauch nach einiger Zeit wieder abholen wollte, fand man das Zimmer zur größten Ueberraschung leer. Der Zigeuner hatte mit irgendeinem Werkzeug, das er heimlich bei sich getragen haben muß, die über dem Fenstergitter eingelassene nicht vergitterte Entlüftungsklappe geöffnet, sich dann durch diese Öffnung hindurchgezwängt und ist dann schließlich aus dieser gefährlichen Stellung etwa 8 bis 10 Meter tief auf den Hof gesprungen, allem Anschein nach ohne irgendwelchen Schaden zu nehmen. Vom Hof aus ist er dann wahrscheinlich durch einen der Ausgänge des Gerichtsgebäudes ungehindert entkommen. Alle Nachforschungen nach ihm im Gebäude selbst, wo man ihn zuerst versteckt glaubte, blieben erfolglos.

# Die Kindesleiche im Koffer.

Einen grauzigen Hund machte gestern abend der Führer eines Straßenbahnwagens der Linie 57, als er in Wilmersdorf in das Depot fahren wollte. Auf der vorderen Plattform entdeckte er einen kleinen braunen Handkoffer, den ein Fahrgast anscheinend vergessen hatte. Er sah nach, was er enthielt, um den Eigentümer vielleicht feststellen zu können und entdeckte in dem Koffer zu seinem Schrecken die Leiche eines neugeborenen Kindes, die in eine braune Wachs-tuchdamenjacke eingewickelt war. Der Hund wurde der Leichenhalle in Wilmersdorf zugeführt. Hier wird erst die Obduktion ergehen, ob das Kind eines gewalttätigen Todes gestorben ist. Bei dem starken Verferh kann der Fahrer nicht mehr sagen, wo der Fahrgast mit dem Koffer aufgestiegen ist und ob es eine Frau oder ein Mann war. Die polizeilichen Nachforschungen wurden eingeleitet.

# Vorbereitungen zur „Grünen Woche 1928“.

Große Ereignisse werfen ihren Schatten voraus. Das gilt auch für die „Grüne Woche“, die, so gegenfälliger Natur sie auch in ihren geistigen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Reichshauptstadt sein mag, es sich nirgends woher sein läßt als gerade in Berlin. Aber auch die Berliner bringen ihr eine ungeteufte Liebe entgegen, wie aus einem Vortrag hervorging, den der Leiter der „Grünen Woche“, v. Hake, zu propagandistischen Zwecken in der Funthalle am Kaiserdomm der Presse hielt. Er meinte, der großstädtischen Bevölkerung müßte gezeigt werden, wech wesentlichen Faktor die deutsche Landwirtschaft mit ihren vielseitigen Zweigbetrieben im deutschen Wirtschaftsleben darstellt. Die „Grünen Wochen“ sollen also für Berlin künftige Einrichtung im Frühjahr jeden Jahres werden. Wir wollen dem Sprecher an dieser Stelle nicht politisch erwidern. Der Segen, der der Landwirtschaft zuteil wird, wirkt sich bei den Berliner Konsumenten in hohen Preisen aus. Für die Konsumenten würde das Interesse bestimmt noch größer sein, wenn sich die Landwirtschaft bei solcher Belegenheit auch mit der Organisation der Zufuhr befassen würde, um die vertuernden Zwischengewinne herabzusetzen. Immerhin hören wir gern, was man uns 1928 zeigen will. Es gibt zwei Sonderausstellungen „Kartoffeln“ und „Milch“. Die letztere, eine gemeinnützige Ausstellung, soll „Rundgang von der Kuh bis zum Haushalt“ heißen. Dann gibt es „Die Elektrizität in der Landwirtschaft“, die historische Entwicklung des deutschen Bauernwerks, eine Hundausstellung, eine ländliche Hauswirtschaft mit der Sonderausstellung „Schlachtbetrieb auf dem Lande“. Schließlich noch eine Propaganda-Ausstellung: „Deutsche landwirtschaftliche Erzeugnisse“, alles Dinge, für die der Großstädter außerordentliches Interesse hat, weil er — am wenigsten darüber mitzureden hat.



# Die geprellten Braunkohlenarbeiter.

„Aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen.“

Die Braunkohlenarbeiter in Mitteldeutschland sind eine Arbeitergruppe, die sowohl hinsichtlich der Arbeitszeit wie der Löhne mehr als stiefmütterlich behandelt wird. Das Reichsarbeitsministerium hatte sich mehrfach mit der Frage einer besseren Regelung der Arbeitsbedingungen der Braunkohlenarbeiter zu befassen, so daß ihm die Verhältnisse dieser Arbeiter nicht unbekannt sein können. Allein auf der einen Seite steht ein kapitalträchtiges fest verbundenes Unternehmertum, auf der anderen Seite eine verelendete und mangelhaft organisierte Arbeiterschaft. Das Unternehmertum droht bei einer etwaigen „Einmischung“ des Reichsarbeitsministeriums zugunsten der Braunkohlenarbeiter mit einer Erhöhung der Braunkohlenpreise, und diese Erhöhung fällt dem Herrn Reichsarbeitsminister der Rechtsregierung so sehr auf die Nerven, daß er sich ihr nicht nur beugt, sondern die Profitargumente der Unternehmer als „allgemein wirtschaftliche Gründe“ ernstlich sanktioniert.

Der Schlichter hatte einen Schiedspruch gefällt, der eine Erhöhung der Kleinstlöhne um 3 Proz. vorsah. Diese 3 Prozent Lohnerhöhung, die ab 4. Juli gezahlt werden sollten, hat der Schlichter nicht nach Gutdünken von sich aus festgesetzt.

Das Reichswirtschaftsministerium, das auf die Lohnverhandlungen den denkbar schärfsten Druck ausgeübt hatte, erklärte, daß eine Lohnerhöhung von mehr als 3 Proz. nicht bewilligt werden könnte, wenn nicht eine Erhöhung der Braunkohlenpreise heraufbeschworen werden soll. Der Schlichter wollte keine Preis-erhöhung heraufbeschwören und ging über die 3 Prozent nicht hinaus.

Die Unternehmer, die eine Erhöhung der Preise betreiben, wollen von einer Lohnerhöhung nichts wissen. Ihre Geschäfte gehen glänzend. Sie wollen sich nicht nur ihren Profit nicht schmälern lassen, sondern durch äußerste Niedrighalten der Löhne die Arbeiter zu Überstunden und selbst zur Sonntagsarbeit zwingen, damit ihr Profit nicht mehr sinkt. Bei halbwegs erheblicher Lohnzahlung könnte ja den Braunkohlenproleten einfallen, mit der Verweigerung der Überstunden Einsetz zu machen.

Die Arbeiter nahmen den Schiedspruch an, obwohl er ihnen nur 3 Proz. Lohnerhöhung bringen sollte, etwa 20 Pf. pro Schicht, bei sechs Schichten in der Woche eine Reichsmark und 20 Pfennige. Die Arbeiter vertrauten darauf, daß, nachdem der Schlichter über die von amtlicher Stelle als möglich erklärte Lohnzulage zur Verhinderung einer Kohlenpreiserhöhung nicht hinausging, dieser Schiedspruch wenigstens für verbindlich erklärt würde. In dieser Erwartung hat sie der Reichsarbeitsminister gründlich enttäuscht. Er brachte es fertig, die Verbindlichkeitsklärung des 3-Prozent-Schiedspruches abzulehnen — aus „allgemein wirtschaftlichen Gründen“. Was sind das für Gründe? Die Befürchtung, daß die „Mitteldeutschen“ trotz der Befreiung einer Lohnzulage auf 3 Proz. ihre Kohlenpreise erhöhen würden. Kurzum, der Herr Reichsarbeitsminister hat vor den Gewaltigen, die die Braunkohlenarbeiter Mitteldeutschlands in Pacht genommen haben, glatt kapituliert.

Die Bergarbeiter Mitteldeutschlands müssen aus dieser Erfahrung die rechte Lehre ziehen. Dann wird ihnen die Ablehnung einer dreiprozentigen Lohnzulage weit mehr wert sein, als ihnen eine Zulage von 3 Proz. geholfen hätte. Ganz abgesehen von dem politischen Anschauungsunterricht, den ihnen der Reichsarbeitsminister der Rechtsregierung erteilt hat.

Aus allgemein wirtschaftlichen Gründen müssen die Bergarbeiter in Mitteldeutschland sich Rast machen, um sich den Achtstundentag ohne Überstunden und einen ordentlichen Lohn zu erkämpfen.

## Kommunistische „Vorbereitungen“.

Zum Bundestag des Baugewerksbundes.

Wie die Zeitung der KPD, die gewerkschaftliche „Einheitsfront“ zur „Eroberung“ der Gewerkschaften aufzieht, kann an ihren „Vorbereitungen zum Bundestag des Baugewerksbundes“ gezeigt werden. Neben den Verbänden der Gewerkschaften, neben den Leitungen ihrer Ortsvereinigungen, hat die kommunistische Partei sich eine Gewerkschaftsleitung geschaffen, durch die sie sich in die Gewerkschaftsbewegung einzuschalten sucht und in denen sie all die Vorarbeiten gegen die Gewerkschaften schmiedet, die ihre Anhänger in den Gewerkschaftsversammlungen an den Mann zu bringen suchen müssen.

Das Rundschreiben Nr. 26/27 der „Gewerkschaftsleitung“ der KPD, besagt:

„Am 25. September findet in Dresden der 2. Bundestag des Baugewerksbundes statt. Tagesordnung und Wahlprogramm ist im „Grundstein“, Nr. 26 vom 25. Juni, veröffentlicht. Die Einteilung der Wahlbezirke und die Verteilung der Delegierten wird im „Grundstein“ Nr. 2 veröffentlicht werden. Gewählt wird am Sonntag, dem 7. August. Die vorgeschlagenen Kandidaten müssen bis zum 20. Juli bei den Bezirksvorsitzenden (das sind die Vorsitzenden der Bezirksverbände) eingereicht sein; Anträge sind ebenfalls bis zum 20. Juli einzureichen. Der größte Teil unserer Arbeit muß also in der Zeit bis zum 20. Juli erledigt sein.“

### 1. Arbeitsplan für die Vorbereitung des Bundestages.

In der Zeit vom 1. bis 16. Juli haben in allen Orten, wo Bauarbeiterfraktionen bestehen, Fraktionsversammlungen stattgefunden, die vor den Versammlungen des Baugewerksbundes sich mit der Tagesordnung des Bundestages zu beschäftigen haben. Es ist dabei festzustellen, wo und wann wir die Möglichkeit haben, unsere Anträge an den Bundestag durchzubringen. Gleichzeitig sind die Genossen zu bestimmen, die diese Anträge einbringen, wie auch unsere Vorschläge für die Kandidaten.

Vom 17. bis 24. Juli haben in den aussichtsreichsten Wahlbezirken Bezirkskonferenzen stattgefunden, um sich auf die notwendige Zahl der Kandidaten zu konzentrieren. Sind mehr Kandidaten vorgeschlagen als notwendig, haben die Genossen, die am wenigsten Chancen haben, zurückzutreten.

Vom 11. Juli bis 7. August in der Presse kurze Notizen über die von den örtlichen reformistischen Bauarbeiterführern gemachten Fehler und Dummheiten. Außerdem Propaganda für unsere Kandidaten und Begründung unserer Anträge sowie Kritik an den Anträgen der Reformisten.

Vom 7. bis 11. August Feststellung der Wahlergebnisse und Berichterstattung der Fraktionen an die Bezirksfraktionsleitung.

### 2. Arbeitsplan für die Vorbereitung der Fachgruppenverbandsstage.

Vor dem Bundestag finden die Verbandsstage der Fachgruppen des Baugewerksbundes statt. Auf diesen Verbandsstagen werden die Bundestagsdelegierten der Fachgruppen gewählt. Es handelt sich also in diesem Falle um eine indirekte Wahl. Nur die Delegierten der Maurer-, Hilfsarbeiter und Erdarbeiter sind direkt gewählt und sind gleichzeitig Delegierte ihres Fachgruppenverbandsstages und des Bundestages.

Die Wahlen der Delegierten zu den Fachgruppenverbandsstagen

finden in Fachgruppenversammlungen statt. Vor jeder Fachgruppenversammlung muß deshalb eine Fraktionsversammlung der Fachgruppenfraktion stattfinden.

Die Bezirksfraktionsleitung ist verpflichtet, rechtzeitig auf das Stattfinden der Fachgruppenversammlung aufmerksam zu machen und die notwendigen Vorbereitungen zu treffen.“

### Die Anträge zum Bundestag.

Die die KPD durchzubringen sucht, es an Zahl, sind dem Rundschreiben angefügt und werden bereits in den Versammlungen der Baugewerkschaften des Bundes propagiert. Auf die Tagesordnung soll der Punkt gesetzt werden: „Die Gewerkschaften und der Kampf gegen Kriegsgefahr und Faschismus.“ Die Neutralitätserklärung des Baugewerksbundes soll aufgehoben und eine Delegation nach Rußland entsandt werden. Je ein Antrag richtet sich gegen den Verband sozialer Baubetriebe, gegen die Redaktion des „Grundstein“ — weil sie nicht für Sowjetrußland schwärmt und gelegentlich einige Wahrheiten darüber verbreitet — und gegen die „Treuhändergesellschaft“ des Bundes. Ein Antrag fordert die Wahl der Angestellten der Baugewerkschaften durch Urwahl.

Zum Schluß wird zur Behandlung dieser Anträge folgende Anweisung gegeben:

„Die obigen Formulierungen der Anträge sind nur als Richtschnur zu betrachten. Sie können abgeändert und ergänzt werden. Es bleibt den Bezirksfraktionsleitungen überlassen, die für ihren Bezirk nützlichsten Anträge besonders zu propagieren. Nach Möglichkeit muß aber dafür gesorgt werden, alle Anträge durchzubringen. Jeder Antrag ist gesondert einzubringen; die angenommenen Anträge sind umgehend zu veröffentlichen.“

Gegen diese systematische Einmischung einer politischen, halb bankrotten Partei in die inneren Angelegenheiten der Gewerkschaften gibt es nur eines: die energische Zurückweisung, woran sich alle Gewerkschaftsmittelglieder, die nicht von dieser Partei abhängig sind, beteiligen müssen. Die kommunistischen Anträge, mit deren die Gewerkschaftsversammlungen ständig beauftragt werden, kommen nicht aus den Reihen der Gewerkschaftsmittelglieder, sondern aus der Zentrale der kommunistischen Partei, beziehungsweise ihrer Abteilung für Zellenbildung und Gewerkschaftsgerippflitterung.

Unsere Gewerkschaftsgenossen dürfen in keiner Versammlung ihrer Gewerkschaften fehlen. So wenig angenehm es ist, in den Versammlungen die kommunistischen Vorkämpfer zu hören und den ganzen Phrosenschwall als Begleitmusik, so notwendig ist es, die Versammlungen zu besuchen und diesem Treiben zu begegnen. Den kommunistischen Schreibern in den Versammlungen das Feld zu überlassen, bedeutet eine Schädigung der Gewerkschaftsinteressen und der gewerkschaftlichen Organisation. Dazu darf sich kein Gewerkschaftsmitglied hergeben. Im Gegenteil, es bedarf der Zusammenarbeit aller Gewerkschaftsmitglieder, um die unvermeidlichen kommunistischen Umarmungen gehörig abzuweisen.

## Generalversammlung der Bauarbeiter.

Die zu Montagabend nach den „Concordiasälen“ einberufene Generalversammlung der Baugewerkschaft Berlin des Deutschen Baugewerksbundes beschäftigte sich mit den Anträgen zum Bundestag am 25. September, die von den einzelnen Bezirken und Fachgruppen gestellt worden sind. Der Berliner Vorsitzende, Genosse Drügemüller, gab zu den Anträgen, etwa 70 an der Zahl, die Stellungnahme des Vereinsvorstandes bekannt. Er betonte einleitend, daß die große Zahl der Anträge beweise, wie rege das Interesse der Mitglieder am Verbande sei, daß aber eine Reihe von Anträgen auch zeige, wie schon wieder auf Anweisung der kommunistischen Gewerkschaftszentrale gegen den Baugewerksbund gearbeitet wird. Der Vereinsvorstand hat die Anträge, die politische Forderungen der KPD darstellen, der Generalversammlung nicht zur Entscheidung vorgelegt. Genosse Drügemüller betonte, daß der Vereinsvorstand die wieder beginnende Miniarbeit einzelner kommunistischer Mitglieder aufmerksam verfolgen, und daß er diese organisationschädigenden Treiberlein im gegebenen Augenblick rücksichtslos unterbinden wird.

Wenn weiter verlangt wird, daß in Zukunft nur noch kurzfristige Tarifverträge abgeschlossen werden sollen, so habe man übersehen, daß sich die Abschlußdauer durch die jeweilige Situation der Organisation ergibt. Nachdem Drügemüller noch näher auf die Anträge zum Bundestag und zu den Richtlinien für Lohnbewegungen eingegangen war, begann die ausführende Debatte. Sie zog sich über zwei Stunden hin und war im allgemeinen sehr sachlich.

In der anschließenden Abstimmung, die um 11 Uhr beendet war, entschied die Versammlung sich mit großer Mehrheit entsprechend den Vorschlägen des Vereinsvorstandes. Die Versammlung hat mit einer anerkannten Ausdauer und Ruhe die sehr umfangreiche Tagesordnung erledigt.

<b>Concordia-Palast, Andreasstraße 64</b> Vom 19. bis 21. Juli 1927 <b>Frühere Verhältnisse</b> Dazu: Der Apache	<b>Schwarzer Adler, Frankfurter Allee 99</b> Vom 19. bis 21. Juli 1927 <b>Mein altes</b> Ferner: Opfer der Liebe Bühnenschau
<b>Passage-Lichtspiele, Neukölln, Bergstr. 151/52</b> Vom 19. bis 21. Juli 1927 <b>Fluch der Sinne</b> Ferner: Das Hammerhütchen Bühnenschau	<b>Viktoria-Lichtbildtheater, Frankfurter Allee 48</b> Vom 19. bis 21. Juli 1927 <b>Die Tat ohne Zeugen</b> Ferner: Bühnenschau

## Moderne Elektro-Wirtschaft

Dr. Rudolf Lämmel

Mit 55 Abbildungen im Text. Brosch. RM. 1,50, Leinen RM. 2,—

Auf 92 Seiten sagt hier der boston's bekannte Populärwissenschaftler dem Laien alles, was über Elektrowirtschaft modern und wichtig ist. Er zeigt uns vor allem, warum der Strom so teuer ist und welche Maßnahmen getroffen werden müssen, ihn billiger zu gestalten. Das Buch kann jedem, der sich für Elektrofragen interessiert und der einen offenen Blick zu seiner Beurteilung gewinnen will, wärmstens empfohlen werden.

Aus dem Inhalt:  
 Geschichtliches — Erzeugung der Elektrizität aus Kohle  
 Plüßsee-Kohle — Weiße Kohle — Von der Wirtschaftlichkeit der Wasserkraftanlagen — Die Verteilung der Elektrizität — Die Verwertung der Elektrizität in Industrie, Handel und Verkehr — Die Elektrizität in Haus- und Landwirtschaft — Die Rolle der öffentlichen Hand in der Elektrowirtschaft — Der soziale Preis einer Kilowattstunde

Bestellungen nehmen entgegen sämtl. Botenfrauen und Speditionen des „Vorwärts“ oder die Buchhandlung J. H. W. Dietz Nachf., Lindenstr. 3

# Wirtschaft

## Der Agrar- und Industriezollschutz.

Wie man sich erinnert, spielte in der letzten Zolldebatte Schiele Argumente eine große Rolle, daß der Zollschutz der Landwirtschaft niedriger sei als der der Industrie. Es ist ein Verdienst des Magazins der Wirtschaft, der Sache nachgegangen zu sein. Es veröffentlicht in Nr. 27 auf Grund von amtlichen Zahlen Gegenüberstellungen ausgewählter, aber typischer Zollbelastungen, und zwar im Verhältnis zum Wert der betreffenden Güter. Für die Agrarprodukte wird die Belastung durch folgende Graphik illustriert:

## Der Zollschutz der Agrarerzeugnisse in Deutschland In % des Wertes

Schmalz	4.0	Z
Eier	5.0	
Butter	8.1	
Kartoffeln	10.2	
Hartkäse	11.6	
Futtergerste	12.5	
Schweinefleisch	16.5	
Weizen	18.6	
Mais	22.5	
Braugerste	25.1	
Roßhähnchen	26.3	
Rindfleisch	29.3	
Rübenzucker	32.4	

Demgegenüber stehen folgende Belastungsprozente für typische industrielle Waren:

	Durchschnittswert eines dz in Mark	Der Zollfuß in Mark	Der Zollfuß in Proz. des Wertes
Rammgarn, zweifach	940,—	24,—	2,6
Vaumwollgarn, Nr. 47			
bis 68, engl. . . . .	678,—	44,—	6,5
Kunstseide . . . . .	890,—	60,—	7,0
Schuh, b. 800 Gramm			
das Paar . . . . .	2400,—	180,—	7,5
Mähmaschinen . . . . .	100,—	8,—	8,0
Flugmaschinen . . . . .	70,—	6,—	8,5
Sulmängel . . . . .	100,—	11,—	11,0
Deugabeln . . . . .	70,—	9,—	12,8
Kohleisen . . . . .	7,20	1,—	13,9
Stellmotoren, über			
25 kg bis 1,5 dz . . . . .	165,—	28,—	18,9
Halbzeug . . . . .	10,—	1,50	15,0
Feinblech . . . . .	20,—	4,50	17,3
Stabeisen . . . . .	13,60	2,60	18,4

Das Argument des Herrn Schiele und seiner Großagrarien stimmt also nicht; man kann dabei noch so viel Einschränkungen machen. Das verdient, für die Zukunft festgehalten zu werden.

Von der Ufa. Der Uebergang der Ufa an den Universum-Film-K.G. (Ufa) an Hugenberg hat noch ein interessantes geschichtliches Nachspiel. Die Ufa arbeitete beinahe bis zu ihrer Sanierung mit großem Verlust, besonders infolge des Ankaufs teurer amerikanischer Filme. Trotzdem war der letzte Geschäftsabschluss und die Bilanz von der Generalversammlung genehmigt worden. Jetzt macht die neue Leitung der Ufa den früheren Direktor Jakob für den entstandenen Schaden verantwortlich und hat ihn zunächst auf Erstattung eines Teilbetrages von 100 000 M. verklagt. Da ein Schadenersatz nur in Betracht kommt, wenn die Leitung des Unternehmens wesentlich geschädigt hat, kann man auf die Begründung und den Erfolg dieser Klage gespannt sein.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelberg; Gewerkschaftsbewegung: Dr. Götze; Neuheiten: Dr. John Schifano; Solales und Sonstiges: Fritz Harsh; Anzeigen: Th. Glöck; (ämtlich in Berlin). Verlag: Formdies-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formdies-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 1.

# Einstimmig

hat man erklärt:

## Der Wahre Jacob

ist

### das Witzblatt, das die Arbeiterfamilie braucht!

Die völlig vergriffene Auflage der 1. Nummer, die gewaltig gesteigerte Auflage der 2. Nummer und die überaus zahlreichen Vorausbestellungen auf die am 6. August erscheinende Sondernummer

### Zum Verfassungstag

sind die Zeugnisse einer übereinstimmenden Anerkennung der Güte des Blattes!

Politische Satire, Volkshumor, gediegene Unterhaltung sind die Pfeiler, auf die „Der Wahre Jacob“ sich stützt!

30 Karikaturen mindestens in jeder Nummer! Und das für 30 Pfennig ungerechnet die reichlichen amüsanten Textbeigaben!

Das ist 1 Pf. für 1 Karikatur! Das ist erschwinglich für jeden!

Bestellungen nehmen alle Botenfrauen und „Vorwärts“-Speditionen oder der Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68, Lindenstraße 3, entgegen